

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes mit der Monatsbeilage „Die berufstätige Frau“.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags. Bezugspreis: Durch die Post für Nichtmitglieder vierteljährlich 3 Mark ohne Bestellgeld.

Köln, den 23. Oktober 1920.
Geschäftsstelle Deutzerwall 9. Fernruf A 5538.

Redaktionschluss Montagsmittags vor dem Erscheinungstag. Inseratannahme: Otto Kleine, Berlin SW 47, Mödenerstraße 67.

Ethisch-sittliche Motive oder materielle Kraft. *)

Jede Idee, die zu einer Weltanschauung aus-
wächst, die im Herzen der Masse Boden gefast
hat, gewinnt mit jedem Anhänger neue expansive
Kraft; sie will sich ausdehnen, will aus dem ideen-
haften Dasein reale wirkliche Gestalt annehmen,
will das, was sie im Geiste ist, auch ins Leben und
in die Wirklichkeit umgesetzt wissen.

Vor allem ist das der Fall, wenn Weiterneue-
rungspläne aufstehen, wenn einen niedergedrückten
Stände eine Kata-Morgana vorgegaukelt wird, in
der man dann die Stände dienen, dienen er jetzt
dient. Die Geschichte zeigt mit prägnanter Eindeu-
tigkeit, daß alle diese Ideen mit Notwendigkeit zu
einer ungeheuren Radikalisierung führen, und daß
diese Masse unter allen Umständen versucht, diese
ihre Idee bis an das Ende nicht nur auszuführen,
sondern auch auszuführen. Die Armen vergessen,
und man sagt es ihnen nicht, daß die Weltge-
schichte und die Geschichte der Menschheit kein
Etwas Möglichen ist, das man beliebig länger oder
kürzer machen kann, sondern ein Leben, das sich
nach vorgeschriebenen Gesetzen entwickelt.

Die Wahrheit und Echtheit einer Idee erkennt
man daran, daß auch ihr Extrem noch wahr und
richtig ist. Führt jede christliche Idee bis an das
äußerste Ende, bis ans Extrem, sie wird immer
wahr und groß und niemals falsch werden. Sie
wird immer Liebe, Bruderliebe, Menschheitsgefühl
bedeuten; aber niemals Hohn, Neid und Unter-
drückung.

Wie sieht es da mit der sozialistischen Idee?
Wo ist ihr Ursprung, wie ist ihr Weg und zu
welchem Ende kommt sie? Ist sie fähig, die Mensch-
heit zu heben, bringt sie neue Kulturmöglichkeiten
in sich, ist sie eine Idee der Liebe, oder ist sie Un-
terdrückung, festlicher Ruin, Mangel an Erhos-
tung, treibt sie notwendig zu Aufruhr, Empörung, Hohn
und Untergang?

Jede Idee, die ein neues Zeitalter heraufzuführen
will, die Weiterneuerungspläne in sich trägt, muß
in sich wie dementsprechende folgende Zielpunkte haben:
Demut, innere Erneuerung des Menschen; So-
zialismus, Gemeinschaftsinn; Besserung der ma-
teriellen Verhältnisse, Zurückdrängung des mensch-
lichen Elends.

Was tut die sozialistische Idee? Sie will nicht
sehen, daß eine dauernde Fehung und Volkbe-
geisterung nur möglich ist auf dem Boden ethisch-
sittlicher Motive, sie glaubt allein an die Kraft
materieller Verhältnisse und unterdrückt mit jähem
Eifer alles, was an Gott und Ewigkeit erinnert.

Wir wissen, daß uns in unser Elend die materia-
listische Strömung unserer Tage hineingerissen
hat. Aus Wirtschaft, Staat und Gesellschaft war
die sittliche Idee des Christentums herausgewor-
fen oder unterdrückt, die materialistische Idee des
Kapitalismus triumphierte. Das war der Unter-
gang. Und nun will es die sozialistische Idee unter-
nehmen, mit dem gleichen materialistischen Geist
ein neues Zeitalter heraufzuführen, neue bessere
Menschen zu schaffen? Die sozialistische Idee gibt
vor, den Kapitalismus rücksichtslos zu bekämpfen,
aber sie bleibt bei der Bekämpfung auf halbem
Wege stehen, weil sie das ganze tödliche Gift des
Kapitalismus, nämlich die atheistische gottlose
Weltanschauung, einfach in sich aufgenommen hat.
Das Christentum dringt in die Tiefe; es weiß, daß
die Wurzeln des menschlichen Übels nicht in den
äußeren Verhältnissen allein begründet sind, son-
dern im menschlichen Egoismus, im Abwenden
von sittlichen Normen, und will dieses zugleich
anzuregen, wenn es an äußere Gesetze herantritt.
Die sozialistische Theorie leugnet mit dem Kapi-
talismus Gott, die ewige Bestimmung und den
hohen sittlichen Beruf des Menschen. Der wissen-
schaftliche Sozialismus führt im Grunde nichts
Neues, als er erklärte, daß „alle Religion nur
Wollenspiegelung wirtschaftlicher Zustände und
Bedürfnisse“ sei und das ganze geistige und sitt-
liche Leben dem Gesetze des Marktes untertan
mache. Das hatte die kapitalistische Romantiker-
lehre auch getan, die die Last eines extremen Kapi-
talismus erdrückend auf die Schultern der unteren
Schichten legte.

Glaubt man denn in Wirklichkeit, mit einer
Masse, der man jeden positiven Glauben aus dem
Herzen gerissen hat, ein neues Zeitalter heraufzu-
bringen? Wenn die ewigen Strengegesetze verachtet
und verspottet werden, dann wird man sich, doch
wohl keiner Täuschung hingeben, daß der mensch-
liche Egoismus, die schönen Schlagworte von
Selbstglaube, Verantwortlichkeit und Geistesfreiheit last-
schuldig niederstumpfen.

Die Geschichte der Menschheit zeigt,
daß alle jene Perioden, die den Glauben an die
ewigen positiven Gesetze über Bord geworfen
hatten, dem weltlichen Ruin und dem Untergang
zueilten.

Das ist die ungeheure Schuld des sozialistischen
Gedankens, daß er in der Seele der ringenden,
schreckenden Masse die letzten Funken göttlichen
Lichtes auszulöschen versuchte und sie in finstere
Nacht hinabstieß. Das göttliche Licht wollte man
vernichten, ein „menschlich-wissenschaftliches“ in
den Herzen des Proletariats anzubringen — und was
bleib übrig? Was ist die Frucht der Propaganda
der sozialistischen Idee? Ist die Masse glücklicher
geworden? Nein! Hat sie einen kulturell höheren
Anspruch genommen? Ist sie der Ertrumpfung

einer großen inneren Erneuerung? Ist der Mensch-
heitsgedanke lebendiger geworden?

Das ist nicht der Fall, denn jede Befolgung der
sozialistischen Idee verstrickt den Menschen tiefer
in den Materialismus, drückt ihn immer mehr in
den Staub, öffnet seine Augen immer weniger den
göttlichen Fernen und dem Schlag des eigenen Ge-
wissens. Was noch an Gutem, an Idealem, an
Edlem in der sozialistischen Arbeiterschaft steckt,
das ist nicht das Erbe der sozialistischen Idee,
sondern das ist der letzte Schatz aus dem wahr-
haft heiligen Gute des Christentums.

Ist der Sozialismus nicht fähig, mit seinen
Kräften auf die große innere Erneuerung des
Menschen hinzuwirken, so folgt aus seiner Lehre
seit der gleichen Erfindungszeit, daß ihm jeder Ge-
meinschaftsinn fehlt. Man darf sich da nicht
täuschen lassen durch das Geschrei nach dem inter-
nationalen Proletariat: „Proletariat aller Län-
der, vereinigt euch!“

Die materialistische Tendenz der sozialistischen
Idee drängt genau so auf die Abschaltung jeder
Gruppe, die nicht auf ihrem Standpunkte steht,
wie es der Kapitalismus auch tut. In dem Augen-
blick, da der Sozialismus siegte, zeigte es sich, daß
er im Grunde genommen — wie Trötsch treffend
sagt — nur ein potenziertes Individualismus,

ein Kapitalismus des Proletariats
werden wollte. Daher auch der Ruf der Sozial-
demokratie nicht nach Solidarifizierung, sondern nach
Diktatur. Die Macht, die bis jetzt andere ausge-
übt, wollte man allein haben; war man bis jetzt
geachtet, so wollte man als Entgelt andere knech-
ten. So dachte man sich die „neue Gesellschaft“.
Die sozialistische Idee hatte seit 60 Jahren in Satz
und Geist des sozialdemokratischen Proletariats
gewirkt, hatte das Empfinden für andere, beson-
ders für die christlichen Volksgenossen, brutal ge-
stört. Terror und Kletterhüpfelung jeder fremden
Meinung waren die Zeichen des herankommenden
Zukunftsstaates. Zwar versuchte die Wehrheits-
sozialdemokratie aus kultischen Gründen sich auf
eine mittlere Linie zu retten, aber die Massen,
aufgehört und gepöbeln von dem Gedanken der
Diktatur, verstanden diese Schwächung der In-
tellectuellen, den „Verrat“, wie sie es nannten,
nicht, sondern glaubten in genau so brutaler Herr-
schaftskraft, wie einst der Kapitalismus, sich
Deutschland zu erobern. Man mag sich dagegen
wenden und sagen, so weit wäre es in Deutsch-
land noch gar nicht. Der Weg der sozialistischen
Idee will dorthin, da hilft alles Vertuschen und
Demanteln nichts. Wir brauchen diese Tatsache
nicht mit Zitaten aus sozialistischen Schriften
zu belegen, daß aus der einseitig materialistischen
Auffassung des Sozialismus niemals ein erhaben-
es Allgemeingefühl wachsen kann.

*) Aus der Schrift „Der Weg zum Aufstieg“
von Georg Wieber jr. (Verlag des Christl.
Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Stapel-
tor 17).

Zentrale Verhandlungen in der Maschinenbranche.

Die Arbeitervereinigungen der Maschinenbranche haben in der Folge der sich überziehenden Verhandlungen auf dem Warenmarkt, insbesondere auf dem Eisenmarkt, sehr bald erkannt, daß das harte Lohnsystem, wie es in der RWG festgelegt wurde, unhaltbar war, weil es den schnell wachsenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht Rechnung trug. Die RWG sieht eine verhältnismäßige Abminderung für das Vertragsverhältnis als solches, als auch der Lohnhöhe vor. Damit war in der heutigen Zeit nicht auszukommen. Auf Antrag der Gehilfenverbände nahm bereits am 5. Januar d. J. der Adav. Veranlassung, über die Neufestsetzung der Löhne mit den Gehilfenverbänden zu verhandeln. Die Verhandlungen, die in Erfurt stattfanden, scheiterten, weil es nicht möglich war, die Differenz zwischen den Forderungen der Arbeitnehmer und dem Angebot der Arbeitgeber auszugleichen. Damals wurden die örtlichen Verhandlungen bzgl. der Lohnfrage freigegeben.

In der Zwischenzeit sind dann wohl in allen Orten eine Anzahl Lohnbewegungen geführt worden, die einen mehr oder minder ausreichenden Ausgleich der veränderten Lebenshaltung für einzelne Orte brachten. Im allgemeinen konnte jedoch diese Art der Lohnfestsetzung nicht befriedigen. Nicht überall zeigten die Arbeitgeber Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft und trugen dieser durch angemessene Erhöhung der Löhne Rechnung. So kam es, daß infolge der örtlichen Lohnfestsetzung die Löhne in den einzelnen Orten, auch bei gleichartigen wirtschaftlichen Verhältnissen in kurzer Zeit sehr weit voneinander abwichen. Seitens der Gehilfenverbände wurde es bei dieser Sachlage schwer empfunden, daß ihnen durch die RWG die Hände gebunden waren. Erreichte wurden nicht festgestellt, weil dadurch die RWG durchbrochen worden wäre. Die örtlichen Schlichtungsausschüsse, die vielfach um Vermittlung angerufen wurden, versagten oftmals und wo sie durch Schiedssprüche den Zeitverhältnissen Rechnung trugen, wurden die Schiedssprüche sehr oft von den Arbeitgebern abgelehnt.

In dieser Situation kündigten die Gehilfenverbände die RWG zum 30. April. Die Verhandlungen, welche daraufhin vom 20. bis 24. April in Würzburg stattfanden, hatten bzgl. der Lohnfrage ein negatives Ergebnis. Wohl wurden manche Verbesserungen am Reichstarif vorgenommen, jedoch blieb die Lohnfrage unregelt. Die Lohnfestsetzung blieb der örtlichen Vereinbarung überlassen. Es wurde in Aussicht genommen, im Juni erneut zentrale Lohnverhandlungen vorzunehmen, um endlich wieder zu einem geordneten System der Lohnfestsetzung zu gelangen.

Inzwischen hatte jedoch eine nicht vorausgesehene starke Geschäftskrise eingesetzt, die es von vornherein als ausgeschlossen erscheinen ließ, die Arbeitgeber zu annehmbareren Zugeständnissen zu bewegen. Bei einer Zusammenkunft der Hauptvorstände, die am 1. Juli und die folgenden Tage in Frankfurt a. M. stattfand, wurde bzgl. der Lohnfrage lediglich beschlossen, Vorarbeiten für eine Städtegruppierung zu treffen, die bei späteren Lohnverhandlungen bei der Lohnbemessung zugrunde gelegt werden sollte.

Die beginnende Herbstkrisis gab den Gehilfenverbänden Veranlassung, in einer größeren Anzahl von Städten erneut mit Lohnforderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Der Adav. beantragte nunmehr, erneut den Versuch zu machen, die Lohnfrage zentral zu regeln. Für uns fand von vornherein fest, daß dies keine leichte Arbeit sein würde. Die Löhne sind durch die örtlichen Festsetzungen bereits auseinander manövriert worden, daß zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Stundenlohn ein Unterschied von 3.— M. und selbst zwischen den Löhnen in den Städten mit ziemlich gleichartigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein solcher von 1.50 M. besteht. Wir waren uns auch bewußt, daß, wenn auch diesmal die zentrale Lohnfestsetzung scheiterte, das Vertrauen zu den zentralen Verhandlungen bei unseren Mitgliedern einen großen Stoß erleiden, wenn nicht vollständig schwanden würde. Trotzdem haben die Gehilfenverbände den zentralen Verhandlungen zugestimmt, weil sie mit dem Adav. darin einig waren, daß die Klarheit in der Lohnfestsetzung, wie sie durch die örtlichen Abmachungen zutage trat, eine

Die sozialistische Idee war mit ihr die Sozialismusfrage ist auch nicht ohne, eine grundlegende Veränderung der Wirtschaft, eine Umwälzung auf einen wirklich neuen, großen, sozialistischen Welt in der Wirtschaft durchzuführen. Sie würde die Form der Wirtschaft ändern, aber nicht ihren Geist. Das kann sie so auch gar nicht, denn sie ist durch den gemeinsamen Boden des Materialismus wesentliche Kraft wie der Kapitalismus auch. Aber auf den Geist kommt es an, nicht allein auf diese oder jene Veränderung der Form.

Glaubt denn wirklich die sozialistische Idee, nur mit mehr Lohn und weniger Arbeitszeit, mit Diktatur und Sozialisierung den neuen Menschheitsstellung heraufzuführen zu können? Niemals ist der tiefe Sinn des Proletariats, das geistige Sehnen seiner Seele mehr verkannt worden, als von dem betrübten sozialistischen Gedanken, der zwar für eine Heilung wie ein Kausch über dem Geist der Masse liegen, der aber nie das tiefe Empfinden, den Durst nach Erkennen und Hoffnung befriedigen kann.

Auch das Proletariat lebt nicht allein vom Brote, keiner tut das; in jedem lebt die Sehnsucht nach oben, nach dem Geiste. Und das verneint der sozialistische Gedanke; er drängt die noch höher Offenbarung lebende Seele des Proletariats ab in das materielle Leben und glaubt, damit genug getan zu haben. Ist die französische Revolution, die Mutter des sozialistischen Gedankens, etwas anderes? Es gibt keine Lösung der sozialen Frage allein im Sinne des wirtschaftlichen Ausgleichs. Es ist Selbsttäuschung oder Handwurstaube, eine solche Fata Morgana dem Volke vorzugaukeln.

Die Wucht der auf der Seele und den Schultern des Proletariats lastenden Schwere dieser zwei Ströme des Verderbens, des extremen Kapitalismus und der sozialistischen Idee, drohte das Proletariat zum Erliegen zu bringen.

Der extreme Kapitalismus hinderte jeden Aufstieg der Arbeiterschaft, gerich sie durch gelbe Werkvereine, mahregelte Organisations, warf in Ausschreitungen Hunderttausende auf die Straße, gab den am das Koalitionsrecht kämpfenden die Waplere, ließ im ein paar Pfennige Lohnverhöhungen bei glänzender Konjunktur wochenlang den schärfsten Kampf führen, unterdrückte den rechtlichen Aufstieg der Arbeiterschaft durch „Hilfen Druck“ auf die Regierung und ließ trotz Werkwohnungen den sozialen Geist völlig vermissen.

Das Deutschland bis 1913 war eine Hochblüte äußerer Zivilisation, äußerer Macht, äußerer Glanzes; der Kern war hohl und faul.

In den Weltkrieg und ins Verderben trieben uns nicht dieser oder jener Staatsmann — sie mögen Bauwerke dazu beigetragen haben. — Die wahrhaft Schuldigen am inneren Zerfall vor dem Kriege, am Verderben und am Ruin sind die Kinder des Materialismus, der extreme Kapitalismus und die sozialistische Idee.

Zwischen diesen beiden Strömen des Unheils stand die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung in ungeheuren Ringen um die deutsche Massenseele, im Kampf um die idealen Ziele, um Gleichberechtigung und Gemeinshaftgeist. Sie wollte die beiden materialistischen Mächte vom deutschen Volke fernhalten, um so das Unheil zu wenden, das verderbend drohend über ihm hing und das sich in schrecklicher elementarer Kraft entlud.

Dieses Ringen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung um das wahre Wohl der unteren Stände und damit des ganzen Volkes wird stets mit Goldbuchstaben in den Blättern der deutschen Arbeiterbewegung verewigt werden.

dauernde Gefahr für den Bestand der RWG. Die Verhandlungen begannen am 7. April in Leipzig. Als Unparteiische wirkten die Gewerkschaften Dr. Hiller, Frankfurt, Gewerkschaftsrat Petrius, Witten und Landwehr, Dr. C. S. in Hamburg. Vor Eintritt in die Verhandlungen hatten die Gehilfenverbände miteinander Prüfung genommen, um gleichzeitige Anträge als Grundlage der Verhandlungen zu stellen. Bezüglich der Städtegruppierung standen wir uns mit dem Deutschen Beteiligungsarbeiterverband, daß die Vorlage des Beteiligungsarbeiterverbandes als Grundlage genommen werden sollte, jedoch wurde Münster in die 4. Gruppe und Kattowitz in die 6., Rempten in die 7. und Glog in die 8. Städtegruppe heraufgerückt. Damit war für die Gehilfenverbände eine einheitliche Verhandlungsbasis gegeben. Die Anträge der Gehilfenverbände lauteten:

1. Generelle Regelung der Löhne für alle Städte des Tarifgebietes.
2. Als Grundlage für die Lohnregelung dient von den Gehilfenverbänden eingereichte Entwurf einer Städtegruppierung.
3. Der Spitzenlohn beträgt A 7.— mit einer Spannung zwischen den einzelnen Stufen von 35 Pf.
4. Der Lehrlingszuschlag beträgt 20 Proz.
5. Für die Damenschneiderei gilt das von den Gehilfenverbänden dem Adav. unterbreitete Schema vom 7. 7. in Frankfurt a. M., mit der Maßnahme, daß der Damenschneiderlohn 10 Pf. höher, als der Herrenschneiderlohn, festgesetzt wird.

Nachdem lagen noch Anträge vor auf Festsetzung verschiedener Städte in höhere Reichsklassen, endgültige Festlegung der Bestimmungen des neuen Schiedsgerichtsverfahrens und ein Antrag des Deutschen Beteiligungsarbeiterverbandes zwecks Vereinbarung einer Arbeitsordnung.

Dr. Hiller eröffnete die Verhandlungen und widmete zunächst dem verstorbenen Herrn Weitzelrat von Schulz, welcher bis zu seinem Tode an allen bisherigen zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe als Unparteiischer mitwirkte, einen warmherzigen Nachruf. An seiner Stelle trat Herr Landrichter Dr. Suntsfeld von den Gehilfenverbänden als Unparteiischer vorgeschlagen, dem Adav. als solcher anerkannt worden. Er wurde von Dr. Hiller eingeführt und erließ dann das Wort, um anzuführen, daß er sich Mühe geben werde, um ein würdiger Nachfolger des verstorbenen Herrn von Schulz zu werden. Zwar sei kein Anhang auf dem Gebiete des Einigungswesens, doch sei er sich bewußt, daß er die schwerste Lade nicht leicht ausfüllen könne. Was ihm ihm Vertrauen entgegenbringen. Er würde die ganze Kraft heranziehen, das Vertrauen zu rechtfertigen. Nachdem dann noch Dr. Hiller den Verhandlungen besten Erfolgs gewünscht hat, erließ die Begründung der Forderungen Kollege Spreberg, Deutscher Beteiligungsarbeiterverband, das Wort.

Spreberg. Zum 4. Male treten wir zusammen, um zu versuchen, eine zentrale Lohnregelung zu treffen. Dreimal mißlingt dieser Versuch, hoffentlich wird dem 4. Versuch ein besseres Resultat beschieden sein. Die Städtegruppierung ist bereits in Kassel durchgeführt worden. Damit wäre es leicht gewesen. In Erfurt widersetzte sich die Arbeitgeber einer Gruppierung der Städte. Deshalb konnte damals auch die Lohnfrage nicht zentral geregelt werden. Durch die örtliche Lohnregelung sind die Löhne sehr weit auseinandergezogen worden. Einige Orte haben annehmbarere Lohnverhältnisse bekommen, andere dagegen sehr weit zurück. Dieser Zustand kann keine Teile nicht befriedigen. Auch in Würzburg wurde die Frage nicht gelöst. Die einsetzende Krise u. E. damals schon auf die ablehrende Haltung des Adav. eingewirkt. Durch die Ablehnung der Arbeitgeber waren jedoch die Forderungen der Gehilfen nicht aus der Welt geschafft. Die Forderungen konnten nicht nachlassen, weil in der Lebenshaltung noch dauernd eine Verengung eingetreten ist. Der diesmalige Antrag auf zentrale Lohnregelung geht vom Adav. aus. Er hat damit eine gewisse Verantwortung für das Zustandekommen einer Einigung auf sich geladen.

Die Differenzen sind sehr groß. Einig gehen wir nur darin, daß 10 Städtegruppen gebildet werden sollen, jedoch besteht keine gleiche Meinung darüber, welche Städte in die einzelnen Gruppen sollen. Selbst gegen unsere Gruppenentwürfe sind noch eine große Zahl von Protesten von unseren Mitgliedern eingelaufen. Wir vernehmen

besteht nicht, daß die Arbeit, die wir leisten sollen, sehr schwer ist.

Die Gewerksverbände sind sich darüber einig, daß eine generelle Erhöhung der Löhne kommen muß. Daneben müssen jene Orte, die in ihren Lebensverhältnissen zurückgeblieben sind, eine größere Zulage erhalten. Der Ausgleich muß gesichert werden. Das Existenzminimum ist auch in den letzten Monaten noch getiegen. Wir stehen vor weiteren Preiserhöhungen. Infolge Preissteigerungen des Handels werden namentlich die bisher rationierten Waren, wie Fleisch, Kartoffeln usw. in Preise anziehen. Auch sind die Arbeitnehmer nicht in der Lage, den Steuerabzug aus ihrer Tasche zu tragen, weil ihr Einkommen an sich schon nicht an das Existenzminimum heranreicht. Redner gibt einige Beispiele über Preissteigerungen und bemerkt dann weiter, daß man die Forderungen der Gehilfen nicht von vornherein als unannehmbar bezeichnen sollte, wie dies speziell in Bezug auf den geforderten Heimarbeiterzuschlag geschehen sei. Wenn selbst Arbeitgeber die Unkosten für eine Werkstatt mit 40 Proz. des gezahlten Lohnes berechnen, so dürfte man doch wohl annehmen, daß ein Heimarbeiter mit 20 Proz. des Lohnes als Ersatz für seine Anlagen nicht zu hoch entschädigt sei.

Bezüglich des Schemas in der Damenschneiderei werden wir weiter, wenn die Arbeitgeber den Würtzburger Schiedsspruch nicht abgelehnt hätten. Die Löhne der Schneiderrinnen sind zu gering nach dem Kasseler Schema und müssen deshalb aufbessert werden.

Ein Preisabbau, der bei den Löhnen beginnen soll, kann nicht kommen, wenigstens vorläufig nicht. Dies wird auch arbeitgeberseits anerkannt. Wenn man dies zugibt, so kann und darf man nicht anders handeln, als die Löhne der Preissteigerung anpassen.

Der Abau vertritt die Auffassung, daß die Vereinbarungen, die hier getroffen werden, eindeutig und bindend sein sollen. Der Deutsche Metallarbeiterverband vertritt die gleiche Auffassung. Unter Verbandsrat steht uns in dieser Aufassung zur Seite. Wie sieht es aber mit den Schiedssprüchen, die von den Schlichtungsausschüssen gefällt und von den Arbeitgebern abgelehnt werden? — Sollen diese von Abau sanktioniert werden? — Wir hoffen, ein glattes „Ja“ zu bekommen. Im übrigen wünschen wir, daß es gelingen möge, in all den schwierigen Fragen zu einer Verständigung zu gelangen.

Schwartzmann (Verbandsrat) Arbeitnehmers des Bekleidungsgebietes) wünscht ebenfalls, daß die Verhandlungen von Erfolg sein werden. Dies werde der Fall sein, wenn die Verhandlungen von dem Geiste getragen werden, wie eine Rede des Herrn Schwarz, die er unlängst in Berlin gehalten habe. Redner geht dann auf die einzelnen Forderungen ein, namentlich auf die Städtegruppierung. Bezüglich der materiellen Verbesserungen schließt er sich den Ausführungen Spensberg's an und bemerkt dann weiter, daß man namentlich auf die Teuerung im besetzten Gebiete Rücksicht nehmen müsse. Wenn man in der Städtegruppierung Berlin eine Vorrangstellung eingeräumt habe, so sei dies aus der Entwicklung heraus erklärlich. Gemessen an den Lebensverhältnissen müßten heute manche Städte am Rhein mit Berlin gleichgestellt werden. Weiter begründete Kollege Schwarzmann die Notwendigkeit der Erhöhung des Heimarbeiterzuschlags und der Verbesserung des Schemas für die Damenschneiderei. Der erste Wille beiderseits, wieder geschworene Verhältnisse zu schaffen, wird uns, so hoffen wir, den Weg zeigen, um zu einer Verständigung zu gelangen.

Früger (Gewerksverein der Schneider, S. D.) schließt sich den Ausführungen der beiden Vorredner an und bemerkt ebenfalls noch, daß die Gewerksverbände alles daran setzen werden, daß die zentral gefaßten Beschlüsse durchgeführt werden.

Schwartz (Vorstand des Abau) bezieht es, daß die zu fassenden Beschlüsse und die Schiedssprüche der Unparteilichen von den Gewerksverbänden als bindend anerkannt werden sollen. Es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn der Offener Streik vor der Tagung beigelegt worden wäre. Der Streik bedeute eine Störung des gewerblichen Friedens und der schwebenden Verhandlungen. Redner führt dann weiter aus:

Die örtlichen Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse können wir nicht als bindend anerkennen, auch nicht tun, um unsere Ortsgruppen zu veranlassen, sie anzuerkennen. Die Differenzen, die wir besitzen sollen, sind sehr groß. Ich habe deshalb wenig Hoffnung, daß eine Einigung ge-

lingt. Bezüglich des Heimarbeiterzuschlags können wir keine Zugeständnisse machen, wie es die Gehilfen wollen. Auch bezüglich des Schemas in der Damenschneiderei ist es der unabwehrliche Wunsch der Arbeitgeber, keine weiteren Zugeständnisse zu machen. Das Kasseler Schema ist noch längst nicht allgemein durchgeführt. Wenn wir in der Frage weiterer Zugeständnisse machen, so schließen wir weitere Ortsgruppen zwangsweise an dem Abau an. Dies liegt weder in unserem noch in ihrem Interesse.

Die nützlichste Geschäftsfrage kann auch von Gehilfenseite nicht gelöst werden. Zudem wollen wir besten Willens bestrebt sein, eine Verständigung herbeizuführen. Wir sind uns bewußt, daß wir, weil wir den Antrag auf zentrale Verhandlungen stellten, eine gewisse Verantwortung auf uns genommen haben; aber über unsere Kräfte dürfen wir nicht hinausgehen. Bezüglich der Lohnfestsetzung vertreten wir die Auffassung, daß die Spitzenlöhne, die in den einzelnen Stadtgruppen heute gelten und in den letzten Monaten vereinbart worden sind, bestehen bleiben sollen. Die zurückgebliebenen Orte können dann, soweit es möglich, den Spitzenlöhnen angegeschlossen werden. Aber alle diese Fragen lassen sich im Plenum nicht klären. Redner beantragt Kommissionsberatung.

Platte (D. Volk. Arb. Verb.) widerspricht dem Antrag und erhält dann das Wort zur Aussprache. Er behauptet, daß die Offener Kollegen gegen den Wunsch der Leitung des Verbands die Arbeit niedergelegt haben. Der bairische Kampf würde durch die Organisation nicht gebilligt und könne und würde durch die Organisation keinerlei Unterstützung, weder moralisch noch materiell, erfahren. Die übrigen Ausführungen des Redners bewegen sich im gleichen Rahmen wie die Ausführungen des, schon erwähnten Redner der Gewerksverbände.

Was ihn nahm nochmals Herr Schwarz das Wort und sucht nachzuweisen, daß die Gehilfen auch jetzt schon vielfach außer Tarif arbeiten. Seinen Mitgliedern sei es vielfach gar nicht möglich, die Tariftarife einzuhalten, weil die Gehilfen billigere Kundenarbeit ausführen. Die Steigerung der Löhne vom Sommer 1918 bis jetzt betrage ungefähr 200 Proz. Eine Konjunkturpolitik sei seitens des Abau nicht getrieben worden. Er wolle auch gerne anerkennen, daß dies von den Gewerksverbänden im allgemeinen nicht getan worden sei. Die übrigen Ausführungen des Redners bezogen sich auf die sogenannten Nichtlinken, die seitens des Abau nach der Würtzburger Tagung herausgegeben wurden sowie auf die Vorgänge betreffend den Ausbruch der Regensburger Ortsgruppe aus dem Abau.

Damit war die erste Generaldebatte erschöpft. Es wurde eine Kommission gebildet, die versuchen soll, eine Grundlage für die Städtegruppierung zu finden. Die Verhandlungen der Kommission zogen sich den ganzen Freitag hin, ohne daß es gelang, eine Basis zu finden, auf die die Städtegruppierung gemacht werden konnte.

Am Samstagvormittag wurde nochmals im Plenum verhandelt. Dr. Sunfeld führte aus, daß die Unparteilichen der Meinung seien, daß es jetzt infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht möglich sei, zu einer definitiven Regelung zu kommen. Vielleicht sei es in einigen Wochen eher möglich. Die Unparteilichen machten deshalb den Vorschlag, vorläufig eine interimistische Regelung zu treffen. In einigen Wochen sei es dann vielleicht eher möglich, zu einer definitiven Regelung zu kommen. Eine Regelung in irgendeiner Form müsse getroffen werden, da sonst die RWG. verloren gehe. Im Interesse beider Parteien wäre dies sehr zu bebauern. Die Parteien möchten Vorschläge für eine interimistische Regelung machen, damit die Unparteilichen auf Grund der Vorschläge weitere Beratungen führen und einen Einigungsvorschlag unterbreiten könnten.

Die Debatte über diesen Vorschlag nahm wiederum einen heißen Lauf an und führte trotz dem keine Annäherung der Parteien herbei. Die Arbeitgebervertreter hatten bei der Kommissionsberatung die Lohnfrage in den Vordergrund gerückt. Die Aussprache drehte sich infolgedessen fast ausschließlich um diese Frage. Während die Gehilfenvertreter sähe die gefestigten Forderungen festhielten, blieben die Arbeitgebervertreter bei ihrer Ablehnung. Gelangweilt war die Situation dadurch, daß von beiden Parteien der dringende Wunsch laut wurde, die RWG. zu retten. Von den Gehilfenvertretern wurde eine interimistische, z. B. vorläufige Regelung abgelehnt, weil

damit die Gehilfen nicht zufriedengestellt werden könnten. Die Führer der beiden Parteien, Richter, den Ernst der Lage erkennend, an die Unparteilichen die Bitte, die Sache noch nicht verlieren zu geben, sondern ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um doch noch zu einer Verständigung zu gelangen.

So fanden also am Samstagmittag die Verhandlungen am Wendepunkt. Entweder wurde noch ein Weg gefunden, den beide Parteien betreten konnten, oder die RWG. war verloren. Die Unparteilichen versprachen, zunächst noch einen Versuch zu machen, um die Gegensätze in etwa auszugleichen. Nach eingehender Beratung legten sie am Samstagvormittag dem Plenum folgenden Einigungsvorschlag vor, der die Grundlage für die weiteren Beratungen in der Kommission bilden sollte.

Vorschlag der Unparteilichen:

Die Parteien sind darüber einig, daß bei der Unmöglichkeit von vornherein eine bestimmte Zahl von Städtegruppen festzulegen, von der tatsächlichen inneren Gleichartigkeit gewisser Städte ausgehend, eine Gruppierung gewonnen werden muß, die in der Gesamtheit zunächst nicht begründet ist, dagegen die Möglichkeit eröffnet, durch Bildung von Haupt- und Untergruppen eine spätere engere Zusammenfassung zu gewinnen.

Ferner sind die Parteien darüber einig, daß der fortgeschrittenen Teuerung aller Lebensbedürfnisse durch eine generelle Erhöhung der Löhne Rechnung getragen werden soll.

Bei einer wesentlichen Veränderung der Preise der notwendigsten Lebenshaltung ist jede Partei berechtigt, auch ohne Kündigung des Hauptvertrages, die Lohnfrage zum Gegenstand von zentralen Verhandlungen zu machen, indem sie das Lohnabkommen als solches aufkündigt und zwar unter Einhaltung einer Frist von einem Monat, ohne daß durch diese Kündigung der Fortbestand der übrigen Bestimmungen des RWG. in Frage gestellt wird.

Der Vorschlag wurde von beiden Parteien angenommen. Dadurch wurde die weitere Arbeit der Kommission ermöglicht. Zu Beginn der Kommissionsberatung stellten sich jedoch neue Schwierigkeiten in den Weg. Die Arbeitgeber verlangten, daß der Offener Streik abgebrochen würde, weil er eine Verletzung der RWG. sei. Die Unparteilichen stellten in der Sache einen Schiedsspruch, der im wesentlichen folgendes besagt:

Die Löhne in der Herrenschneiderei in Offen werden mit Wirkung vom 18. September um 60 Pf. pro Stunde erhöht unter der Voraussetzung der sofortigen Arbeitsaufnahme. Diese Regelung ist nur provisorisch. Die weitere Festsetzung des Lohnes wird durch den Schiedsspruch nicht berührt.

Die Verhandlungen wurden daraufhin in der Kommission weitergeführt. Da jedoch die Offener Kollegen auch auf Grund des Schiedsspruches die Arbeit nicht aufnahmen, wurden die Verhandlungen unterbrochen.

Kurz vor Schließung des Tages ging uns das Ergebnis der Verhandlungen zu, welches wir im Wortlaut folgen lassen:

Schiedsspruch.

1. Für die Entlohnung in der Herrenschneiderei gelten die für die einzelnen Städtegruppen festgesetzten Löhne. Wenn einzelne Firmen oder Orte bereits höhere Löhne zahlen, bleiben sie in Kraft.

2. Für die Entlohnung in der Damenschneiderei ist das Kasseler Schema maßgebend, soweit nicht örtliche Abweichungen auf Grund tariflicher Sonderregelungen bestehen. Letzteren Falls bleiben die tariflichen Sonderregelungen mit der Maßgabe bestehen, daß die einzelnen Sätze sich um so viel erhöhen, als die nach dem festgelegten Schiedsspruch eintretende Lohnerhöhung im obersten Herrenschneiderlohn beträgt.

Eine allgemeine Festsetzung des Verhältnisses zwischen Herren- und Damenschneiderlohn wird abgelehnt. Es bleibt vielmehr das Verhältnis zwischen dem Damen- und Herrenschneiderlohn unverändert. Der Damenschneiderlohn muß mindestens den Herrenschneiderlohn erreichen.

Wenn die durch Rechnung der durch den Leipziger Schiedsspruch mittelbar neu gewonnenen Damenschneiderlöhne ergibt, daß einzelne Gruppen in der Damenschneiderei einen niedrigeren Lohn erhalten würden als er ihnen zuletzt des Instruktorats des Leipziger Schiedsspruches auch nur provisorisch zugesprochen war, so hat es bei diesem tatsächlichen Lohn sein Verbleiben.

